

Der Generalstabschef vor dem Aargauischen Zivilschutzverband : Konsequenzen für die Sicherheit

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile**

Band (Jahr): **27 (1980)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-366847>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Aktive Verbandsarbeit

Die vom Verbandspräsidenten, Nationalrat Dr. Leo Weber, geleitete Mitgliederversammlung entschied auch über Jahresbericht, Jahresrechnung, den auf 12 Franken erhöhten Jahres-


beitrag und das Tätigkeitsprogramm 1980/81. Gegenstand des Jahresberichtes war auch das neue Gesetz über Katastrophenhilfe und Zivilverteidigung, zu dem der Verband durch den Regierungsrat zur Vernehmlassung eingeladen worden war. Zur vorgeschlagenen neuen Aufgaben- und Ausgabenteilung zwischen Bund und Kanton wurde vermerkt, dass sie überprüft werden muss und nicht alles den Kantonen zugeschoben werden kann, denen damit zusätzliche Aufgaben und Kosten erwachsen.

Im abgelaufenen Vereinsjahr veranstaltete der Verband für seine Mitglie-

der zwei Veranstaltungen, wie zum Beispiel die Besichtigung der geschützten Operationsstelle im Kantonsspital Baden und den Besuch der kombinierten Zivilschutzübung der OSO Wohlten. Das Tätigkeitsprogramm 1980/81 ist durch die Bestrebungen gekennzeichnet, die Aargauische Instruktorvereinigung mit dem Verband zusammenzuschliessen. Vom Verband soll auch eine Aktion für die Notvorrathaltung im Herbst 1980 getragen werden. Dazu kommt eine Tagung, an welcher die neugeschaffene Katastrophenorganisation der Kernkraftwerke vorgestellt und demonstriert werden soll.

Der Generalstabschef vor dem Aargauischen Zivilschutzverband

Konsequenzen für die Sicherheit

 Kurz und bündig wickelten sich die Traktanden ab. Das grosse Interesse der Frauen und Männer galt dem Gastreferenten, Korpskommandant und Generalstabschef Senn. Klar und für jedermann fassbar umriss er «die militärische Lage der Schweiz und ihre Konsequenzen für die Sicherheitspolitik».

Le. Mit dem Vortrag von Generalstabschef Senn fand die Jahresversammlung des Zivilschutzverbandes in Rheinfelden einen unverkennbaren Höhepunkt. Seine Stellung innerhalb unserer Armeeführung, ein profundes Kennen und die militärisch-sachliche Vortragweise vermittelte den Zuhörern ein verständliches Bild über die militärpolitische Lage der Schweiz, wie sie sich gegenwärtig abzeichnet.

Ein frommer Wunsch geblieben

Drei Konflikte, die an der Wende von den siebziger zu den achtziger Jahren ausbrachen, offenbaren heute jedermann, dass die herbeigesehnte Entspannung nicht eintraf und die Kräfteverhältnisse sich weiter zugunsten des Ostblockes verschoben haben. Generalstabschef Senn hielt sie fest: den Nachrüstungsbeschluss der Nato auf dem Sektor der in Europa stationierten nuklearen Trägerwaffen, die iranische Geiselnahme und die sowjetische Intervention in Afghanistan.

Auf der nuklearstrategischen Ebene stehen die USA vor der Tatsache, dass grosse Teile ihres Arsenal – namentlich die verbunkerten landgeschützten Interkontinentalraketen – zunehmend verwundbar werden, während die beweglichen sowjetischen Systeme

schlecht auszumachen sind. Unter diesen Umständen müssen die Vereinigten Staaten damit rechnen, dass ihre Zweitschlagskapazität nach einem ersten Schlagabtausch bedeutend geringer wäre als jene der Sowjetunion. Im europäischen Raum ist der Warschauer Pakt der Nato konventionell und hinsichtlich nuklearer Mittelstrecken-Trägerwaffen markant überlegen. Er besitzt sechsmal mehr Kampfpanzer und doppelt so viele Kampfflugzeuge. Seinen SS-20-Raketen und seinen Backfire-Bomber hat der Westen nichts Ebenbürtiges entgegenzusetzen.

Politisch wirksame Grenzen gesetzt

Den Amerikanern gelang es, einige politisch wirksame Barrieren entgegenzusetzen. Dies geschah im Fernen Osten durch die Übertragung grösserer Verantwortung für die regionale Sicherheit an Japan und die Annäherung an China. Im Mittleren Osten stützen sie sich auf die Ölmächte. Militärisch beschränken sie sich weitgehend auf strategische Abschreckung und «hinlängliche» Verteidigung der Nato-Gebiete. In den übrigen Weltgegenden begnügten sie sich damit, ihren Verbündeten wirtschaftlich unter die Arme zu greifen und sie beim Aufbau ihrer Streitkräfte zu unterstützen.

Die Doktrin der Überlegenheit

Im Gegensatz zur defensiven, auf Bewahrung ausgerichteten Strategie der USA legt die Sowjetunion eine grundsätzlich offensive Haltung an den Tag, wobei die Ideologie sich nach wie vor

als integrierender Bestandteil ihrer Machtpolitik erweist. Das bestätigte kürzlich ein im Jahre 1977 aus der Sowjetunion ausgeschiedener ausserpolitischer Experte Moskaus in einem «Spiegel»-Interview. Michael Waslenski führte unter anderem aus, der «weltrevolutionäre Prozess» werde «Schritt für Schritt», «Land für Land» fortgesetzt, wobei man beim «schwächsten Kettenglied» einsetzen müsse – ein Prozess, der sich über Jahrzehnte hinziehe, aber mit dem «Sieg des Sozialismus im Weltmassstab» enden werde, ein Prozess auch, der immer wieder durch längere Perioden «friedlicher Koexistenz» unterbrochen werden könne. Mit ideologischen, politischen und wirtschaftlichen Mitteln sucht die Sowjetunion feindliche Bündnisse aufzuweichen und ihren Einfluss namentlich in der Dritten Welt auszuweiten. Militärisch praktiziert sie anstelle der westlichen Gleichgewichtsphilosophie eine Doktrin der Überlegenheit. Eine starke Flotte, weltweite Stützpunkte und grosse Lufttransportkapazitäten ermöglichen die logistische Unterstützung solcher Aktionen. Der sowjetische Überfall auf Afghanistan hat den westlichen Völkern die Augen darüber geöffnet, dass der weltweite Kampf um die Vorherrschaft nicht zu Ende ist.

Die Sowjetunion – ein Gelegenheitsdieb

Sie ist einerseits versucht, ihre momentane militärische Überlegenheit in Europa und im Mittleren Osten auszunutzen, um die Grundlagen ihrer Machtstellung weiter zu verbessern. Andererseits ist Afghanistan nicht völlig unterjocht und die Situation für eine Besetzung anderer Länder noch kaum reif. Die sowjetische Führung steht nicht unter Erfolgswang. Sie kann

zuwarten, bis im einen oder anderen Staat die Macht der Regierung zerfällt und eine Schwachstelle entsteht, die mit vertretbarem Risiko ausgenützt werden kann.

Die Frage bleibt, ob es zu einer Flucht nach vorn oder zu neuen Entspannungsbestrebungen, um den Westen abzulenken und das Terrain besser vorzubereiten, kommt. Oder steht gar eine amerikanisch-sowjetische Verständigung über die Abgrenzung der beiderseitigen Interessen – Öl-Yalta auf Kosten Europas und Japans – bevor? Niemand kann das Handeln der Akteure mit Sicherheit voraussagen, sind es doch Menschen wie wir, die zwischen der Vernunft und ihren Gefühlen hin- und hergerissen werden.

Unsichere Weltlage

Die Schweiz dürfte in nächster Zukunft primär durch eine Verknappung und Verteuerung der Rohstoffe bedroht sein, was zu einer starken Beeinträchtigung ihrer wirtschaftlichen Prosperität führen könnte. Zwar ist die Kriegsgefahr infolge der unstabiler gewordenen Weltlage im Wachsen begriffen, doch stellt ein europäischer Waffengang keine unausweichliche Konsequenz dar. Da er aber nicht ausgeschlossen werden kann, müssen wir uns leider auch mit diesem schlimmsten Fall auseinandersetzen. Die jüngsten militärstrategischen Erkenntnisse verleihen der Frage, wie wir uns gegen einen militärischen

Überfall wappnen können, erhöhte Aktualität. Dabei sind zwei Voraussetzungen zu betrachten:

Erstens: Eine unkritische Übertragung der Ereignisse in Prag 1968 und in Afghanistan auf die militärische Bedrohung unseres Landes wäre verfehlt. In jenen beiden Fällen haben die Sowjets es verstanden, die Möglichkeiten des militärischen Widerstandes vorsorglich von innen her auszuhebeln und damit den Erfolg einer schlagartigen Aktion zu sichern. Für uns erscheint ein Überfall in der Form eines Angriffs nach sehr kurzer Vorwarnzeit wahrscheinlicher.

Zweitens: Ein ständiger Höchststand der militärischen Bereitschaft ist durch unser System ausgeschlossen. Wir müssen also die Verteidigungsbereitschaft so gewährleisten, dass wir durch koordinierte vorsorgliche Massnahmen zeitgerecht auf Spannungserhöhungen reagieren können. Solche Massnahmen müssen beim Entscheidungsprozess, bei den Truppeneinbauten und bei den eigentlichen Kampfvorbereitungen getroffen werden.

Generalstabschef Senn sagte es so: Wir haben in den vergangenen Jahren die Entscheidungsgrundlagen für das rasche Ergreifen vorsorglicher Massnahmen bei plötzlicher Kriegsgefahr stark verbessert und das seit langem bestehende System der Teilmobilmachung weiter differenziert. Der Zeitplan der Wiederholungskurse ist so gestaltet, dass jederzeit Truppen in

Regimentsstärke für dringliche Aufgaben zur Verfügung stehen. Zusätzliche Anordnungen mit dem Ziel, die Vorwarnung sicherzustellen, die Kriegsmobilmachung zu beschleunigen und die Kampfbereitschaft der aufgebauten Verbände schneller zu erstellen, sind zum Teil im Studium, zum Teil in der Realisierung begriffen, so dass sie in den kommenden Jahren wirksam werden. Ich bin überzeugt, dass auch im Zivilschutz kurzfristig Verbesserungen möglich sind. Ich denke dabei insbesondere an die Warnung und Alarmierung der Bevölkerung, das vorsorgliche Einrichten von Luftschutzräumen sowie die Ausbildung der Kader und Mannschaften.

Rüstungsfinanzierung sicherstellen

Die Armee ist in der glücklichen Lage, in den Jahren 1980 und 1981 über genügend Zahlungsmittel zu verfügen, um die Realisierung dringender Vorhaben zur Verbesserung von Panzerabwehr und Luftverteidigung einleiten zu können. Erst ab 1982 klaffen Finanzmittel und beschaffungsreife Projekte auseinander. Deshalb sollte mittelfristig die Finanzierung unserer Rüstung sichergestellt werden. Wichtig dabei fand der Generalstabschef konstante Anstrengungen zur Erneuerung von Waffen und Geräten. Rüstungsprogramme, die wir heute beschliessen, wirken sich so oder so erst in zirka fünf Jahren aus. Wenn morgen eine Krise ausbricht, müssen wir mit den vorhandenen Mitteln vorliebnehmen.

Grundlagenforschung im Bereich GV

In der Reihe «Studien zur Sicherheitspolitik» sind zwei weitere Beiträge erschienen. Mit Nr. 15 ist erstmals eine Studie in französischer Sprache verfasst worden. Pierre Allan diskutiert darin das Konzept des internationalen Klimas zwischen den Supermächten, das er formalisiert und in ein mathematisches Modell integriert. Der Verfasser kommt zum Schluss, dass es nicht genüge, die Bedrohung allein aufgrund der militärischen Ausgaben des Gegners zu betrachten. Diese spielen zwar als Indikator eine wichtige Rolle, müssen jedoch stets im Zusammenhang mit dem allgemeinen politischen Klima gesehen werden. Am Beispiel einer Supermacht wird aufgezeigt, dass die militärischen Aus-

gaben häufig eine Reaktion auf die politischen Aktionen der beiden andern Grossmächte sind. Der Titel lautet «L'impact du climat international sur les dépenses militaires soviétiques.»

In der Studie Nr. 16 äussert sich Hans-Jakob Lüthi zur Frage des Einsatzes eines strategischen Entscheidungsmodells. Ein derartiges Modell soll als Hilfsmittel bei der Analyse der Entscheidungen dem Entscheidenden im Bedarfsfalle Antworten auf folgende Fragen geben: Was sind die möglichen Konsequenzen einer möglichen Aktion zur Beantwortung einer Bedrohung? Wie gut werden die anvisierten Ziele erreicht? Welches ist gesamthaft betrachtet die «beste» Massnahme? Ausgehend von den theoretischen Konzepten der Nutzentheorie entwickelt der Autor ein theoretisches Gerüst für ein strategisches Entschei-

dingsmodell, wobei primär nach Instrumenten zur adäquaten Beschreibung der komplexen Entscheidungssituation gesucht wird. Wichtig ist, dass eine enge Zusammenarbeit zwischen Analytiker, Sachverständigen aus verschiedenen Lebensbereichen und dem entscheidenden Gremium gewährleistet ist. Vielleicht werden bei systematischem Vorgehen, das hier empfohlen wird, dem Entscheidungsträger verborgene Erkenntnisse zur Entscheidungssituation aufgedeckt, die oftmals neu sind und deshalb wesentlich sein können. Der Titel der Studie lautet: «Prüfung des operationellen Einsatzes der modernen Nutzentheorie als Basis eines strategischen Entscheidungsmodelles.»

Die beiden Schriften können beim Dokumentationsdienst der Zentralsstelle für Gesamtverteidigung, 3003 Bern, gratis bezogen werden.